

# Univox Umwelt 2021

---

## Schlussbericht

**Projekt: 21527**

**Zürich, Februar 2022**

**gfs-zürich, Markt- & Sozialforschung**

**Dr. Andreas Schaub, Projektleiter und Institutsleiter**

**Mara Tanner, Projektmitarbeiterin**

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>I PRÄAMBEL.....</b>	<b>1</b>
<b>II HAUPTRESULTATE IN KÜRZE .....</b>	<b>2</b>
<b>III EINLEITUNG .....</b>	<b>6</b>
<b>IV ERGEBNISSE IM DETAIL.....</b>	<b>8</b>
A    Umweltschutz und Staatsausgaben	8
B    Umweltbewusstsein, -verhalten & -verständnis – eine Selbsteinschätzung	10
C    Energie und Klima	14
D    CO <sub>2</sub> -Gesetz	19
E    Wasserkraft und Gewässerschutz	26
<b>V TECHNISCHER BERICHT .....</b>	<b>34</b>

### Bemerkungen zum Bericht

- Die Partei CVP trägt (gemeinsam mit der BDP) einen neuen Namen und wird in diesem Bericht als «die Mitte» bezeichnet.<sup>1</sup>
- Durch das Reduzieren von Nachkommastellen können Rundungsfehler auftreten.

---

<sup>1</sup> <https://www.srf.ch/news/schweiz/delegierte-sagen-ja-die-cvp-heisst-endgueltig-die-mitte-und-fusioniert-mit-der-bdp> (Stand: 30.11.2020)

# I Präambel

---

UNIVOX ist eine umfassende Langzeitbeobachtung unserer Gesellschaft, die das Forschungsinstitut gfs-zürich in Zusammenarbeit mit rund 20 spezialisierten, zumeist universitären Instituten seit 1986 realisiert.

Das UNIVOX Umweltmodul erfreut sich seit Jahren einer hohen Beliebtheit und wurde auch 2021 wieder durchgeführt.

Die Studie behandelt einerseits unsere Standardfragen, welche seit Jahren immer wieder gestellt werden und so einen Langzeitvergleich zur Einstellung der Schweizer Bevölkerung zum Thema Umweltschutz ermöglichen. Andererseits bilden verschiedene Schwerpunktthemen einen wesentlichen Teil der Studie. Im Jahr 2021 sind die Schwerpunktthemen Umweltverständnis, Umweltverhalten, Umweltbewusstsein, Klima und Energie sowie Gewässerschutz/Biodiversität.

gfs-zürich, Markt- & Sozialforschung, Zürich Februar 2022

## II Hauptresultate in Kürze

---

Das verstärkte Aufkommen von Umweltthematiken auf der gesellschaftlichen und folglich politischen Agenda hat über die Jahre zu einer Veränderung im Umweltbewusstsein, -verhalten und -verständnis der Schweizer Bevölkerung geführt.

### **Umweltschutz und Staatsausgaben:**

2021 sind zwei Drittel (66%) der Schweizer Bevölkerung der Meinung, dass zu Gunsten des Umweltschutzes bei anderen Staatsausgaben gespart werden sollte. Im Vergleich zum ersten Corona-Jahr 2020 (64%) hat sich dieser Anteil somit kaum verändert. Folglich scheinen auch in diesem Jahr die vorherrschende COVID-19-Pandemie und die dadurch erhöhten Staatsausgaben keinen Einfluss auf die Einschätzung der Wichtigkeit von staatlichen Geldern für die Bekämpfung des Klimawandels zu haben. Die Umweltschutz-Thematik hat es nachhaltig auf die politische Agenda geschafft. Insbesondere bei den Jüngeren stieg der Anteil derjenigen, die eine Einsparung bei anderen Staatsausgaben zu Gunsten des Umweltschutzes begrüßen, in den letzten Jahren stetig an (18-39 Jahre: 73% Zustimmung).

### **Umweltbewusstsein, -verhalten & -wissen – eine Selbsteinschätzung:**

Der Anteil derjenigen, die ihr Umweltbewusstsein als überdurchschnittlich einschätzen, liegt im aktuellen Jahr 2021 bei gut zwei Drittel (67%) der Schweizer Bevölkerung. Gegenüber dem Vorjahr 2020 (65%) hat sich dieser Anteil somit kaum verändert. Der Anteil derjenigen, die ihr Umweltverhalten als überdurchschnittlich einschätzen, ist jedoch rückläufig und liegt 2021 mit knapp drei Fünftel (57%) der Schweizer Bevölkerung 7 Prozentpunkte unter dem Wert von 2020 (64%). Hingegen hat 2021 der Anteil derjenigen, die ihr Umweltverständnis als überdurchschnittlich einschätzen, deutlich zugenommen. War es 2020 noch lediglich rund die Hälfte der Schweizer Bevölkerung (53%), die sich als überdurchschnittlich einschätzten, tun dies nun über zwei Drittel (69%). Vom Jahr 2019 aufs Jahr 2020 liess sich bei den ersten beiden Anteilen noch eine starke Zunahme verzeichnen. Dies ist auf das durch die Klimabewegung seit 2019 erweckte und geförderte Umweltbewusstsein zurückzuführen, welches 2020 in einem erhöhten Umweltverhalten resultierte. Ein Jahr später zeigt sich 2021 nun, dass dieses veränderte Verhalten auch zu einem

veränderten Umweltverständnis geführt hat. Das verstärkte Aufkommen von Umweltthematiken auf der gesellschaftlichen und folglich politischen Agenda hat über die Jahre somit tatsächlich zu einer Veränderung im Umweltbewusstsein, -verhalten und -verständnis der Schweizer Bevölkerung geführt.

Auch im Jahr 2021 zeigt sich trotz der Klimajugend derselbe Effekt wie bereits im Jahr 2020: Je älter eine Person, desto höher ist die Selbsteinschätzung zum eigenen Umweltbewusstsein und -verhalten. Hier gilt es jedoch anzumerken, dass die Umfrage unter der erwachsenen Bevölkerung stattfand und die Jugend somit nicht befragt wurde.

### **Energie und Klima:**

Knapp drei Viertel (72%) der Schweizer Bevölkerung sind der Meinung, dass, um eine gefährliche Klimaerwärmung zu verhindern, wir in der Schweiz nicht mehr in neue Heizungen, Anlagen und Infrastrukturen investieren sollten, die mit Kohle, Öl oder Gas betrieben werden. Damit hat dieser Anteil gegenüber dem Vorjahr 2020 um 3 Prozentpunkte (2020: 69%) leicht zugenommen. Eine Vorschrift für den Einsatz von klimaverträglichen Heizsystemen beim Ersatz alter Öl- und Gasheizungen (sofern technisch und wirtschaftlich möglich) wird daher dann ebenfalls von knapp drei Viertel (72%) der Schweizer Bevölkerung befürwortet. Dieser Anteil liegt ungefähr auf demselben Niveau wie im Vorjahr (2020: 73%). Des Weiteren sind gut drei Fünftel (61%) der Schweizer Bevölkerung der Meinung, dass die Schweiz spätestens bis 2040 aus Erdöl, Kohle und Erdgas aussteigen sollte.

### **CO<sub>2</sub>-Gesetz:**

Obwohl im Juni 2021 das revidierte CO<sub>2</sub>-Gesetz vom Schweizer Stimmvolk abgelehnt wurde, stimmen gut drei Viertel (78%) der Schweizer Bevölkerung (eher) zu, dass die Schweiz unabhängig von dieser Volksabstimmung alles dafür tun soll, die selbstgesetzten Klimaziele des Pariser Klimaschutz-Abkommens einzuhalten. Auch die Flugticketabgabe, welche ein Bestandteil des revidierten CO<sub>2</sub>-Gesetzes war, beurteilen knapp zwei von drei Personen (65%) als ein sinnvolles Klimaschutz-Instrument. Allgemein stimmen je knapp drei von fünf Personen zu, dass die meisten Klimaschutzmassnahmen der abgelehnten CO<sub>2</sub>-Gesetzes-Revision sinnvoll sind und neu beschlossen (58%) bzw. einzeln wieder zur Abstimmung gestellt (57%) werden sollten.

### **Wasserkraft und Gewässerschutz:**

Die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung will eine umweltverträgliche Wasserkraft und die natürlichen Gewässer und Auen schützen: So stimmen gut drei Fünftel (62%) der Schweizer Bevölkerung der Aussage (eher) zu, dass in national geschützten Auen und Mooren keine neuen Wasserkraftanlagen gebaut werden dürfen bzw. dass neue Wasserkraftanlagen nur ausserhalb von national geschützten Auen und Mooren gebaut werden dürfen. Mit gut drei Vierteln (77%) ist auch eine bedeutende Mehrheit der Schweizer Bevölkerung der Ansicht, dass neue Wasserkraftanlagen nur dann von Fördermitteln profitieren sollen, wenn sie klare Umweltrichtlinien einhalten. Genau so viele befürworten verbindliche Regelungen, die verhindern, dass sich der Zustand der Schweizer Bäche und Flüsse verschlechtert (77%).

### **Soziodemographische Unterschiede:**

Über den gesamten Bericht hinweg zeigte sich, dass in der Tendenz vor allem Frauen, ältere Personen, Personen mit einem hohen Bildungsniveau und/oder hohen Haushaltseinkommen, in der Stadt lebenden Personen sowie SympathisantInnen der Grünen, der GLP und der SP hohe (Zustimmungs-)Werte aufweisen. So sind es beispielsweise eher Frauen, ältere Personen, Personen mit einem hohen Bildungsniveau und/oder hohen Haushaltseinkommen sowie SympathisantInnen der Grünen, der GLP oder SP, die ihr Umweltbewusstsein, -verhalten oder -verständnis häufig als überdurchschnittlich einschätzen. Auch den Aussagen zum Thema Energie und Klima stimmen hauptsächlich Frauen, Personen mit einem hohen Bildungsniveau, sowie SympathisantInnen der Grünen, der GLP und der SP signifikant stärker zu als Männer und Personen mit einem mittleren und/oder tiefem Bildungsniveau sowie SympathisantInnen der FDP und der SVP.

Abschliessend sind an dieser Stelle die Unterschiede zwischen den SympathisantInnen der verschiedenen Parteien zu erwähnen. Hier lässt sich im gesamten Bericht folgendes Muster feststellen: SympathisantInnen der Grünen weisen jeweils die höchsten (Zustimmungs-)Werte auf, gefolgt von den SympathisantInnen der GLP oder der SP. Diese drei Subgruppen unterscheiden sich dann auch fast immer signifikant von den SympathisantInnen der SVP, welche jeweils die tiefsten (Zustimmungs-)Werte aufweisen. Dazwischen liegen die SympathisantInnen der Mitte und der FDP, welche den einzelnen Aussagen mal mehr, mal weniger stark zustimmen und sich somit mal in die eine oder andere Richtung signifikant von den SympathisantInnen der anderen Parteien unterscheiden.

## Studiendesign

UNIVOX Umwelt erfasst seit 1986 die Einstellung der Schweizer Bevölkerung zur Umweltproblematik und ihre Bereitschaft zu umweltgerechtem Verhalten. Das Forschungsinstitut gfs-zürich führte vom 2. bis 22. November 2021 insgesamt 1015 Telefoninterviews durch. Die Befragung ist repräsentativ für die erwachsene Bevölkerung in der Deutsch- und Westschweiz. Der Vertrauensbereich der Gesamtstichprobe liegt mit einem Prozentwert von 50% bei +/- 3.1%.

## III Einleitung

---

Der vorliegende Bericht UNIVOX Umwelt 2021 analysiert die Wahrnehmung der Umweltproblematik aus der Sicht der Schweizer Bevölkerung. Folgende Standardfragen, die der Langzeitbeobachtung dienen, werden in der diesjährigen UNIVOX Befragung gestellt:

- Wie schätzt die Schweizer Bevölkerung sich selbst zum Thema Umweltbewusstsein, Umweltverhalten und Umweltverständnis ein?
- Stimmt die Schweizer Bevölkerung zu, dass zu Gunsten des Umweltschutzes bei anderen Staatsausgaben gespart werden sollte?

Neben diesen Standardfragen gibt es in der UNIVOX Befragung 2021 auch die Themenschwerpunkte Klima und Energie sowie Gewässerschutz/Biodiversität mit folgenden Fragestellungen:

- Wie steht die Schweizer Bevölkerung zum Thema Energiegewinnung aus Erdöl, Kohle und Erdgas?
  - Sollten wir in der Schweiz nicht mehr in neue Heizungen, Anlagen und Infrastrukturen investieren, die mit Kohle, Öl oder Gas betrieben werden, um eine gefährliche Klimaerwärmung zu verhindern?
  - Soll beim Ersatz alter Öl- und Gasheizungen – sofern technisch und wirtschaftlich möglich – der Einsatz klimaverträglicher Heizsysteme vorgeschrieben werden?
  - Sollte die Schweiz bis spätestens 2040 aus Erdöl, Kohle und Erdgas aussteigen?
- Wie soll die Politik in der Schweiz auf die vom Stimmvolk abgelehnte CO<sub>2</sub>-Gesetz-Revision reagieren und sollen verschiedene, einzelne Klimaschutzmassnahmen daraus weiter diskutiert werden?
- Wie steht die Schweizer Bevölkerung Wasserkraftanlagen als Energiegewinnungsart von erneuerbaren Energien gegenüber?

**Lesehinweis:** Jedes Kapitel wird mit einer methodischen Erläuterung oder mit einer Hauptaussage eingeleitet, welche das Hauptergebnis im jeweiligen Themengebiet beschreibt. Im Anschluss wird, wenn möglich, ein Vergleich zu vergangenen Erhebungsjahren vorgenommen. Insofern es in einzelnen Themenbereichen signifikante Unterschiede in den soziodemographischen Subgruppen gibt, werden diese zum Abschluss eines Kapitels dargelegt. Bei Fragen, bei denen die TeilnehmerInnen gebeten wurden, auf einer Skala sich selbst einzuschätzen oder den Grad ihrer



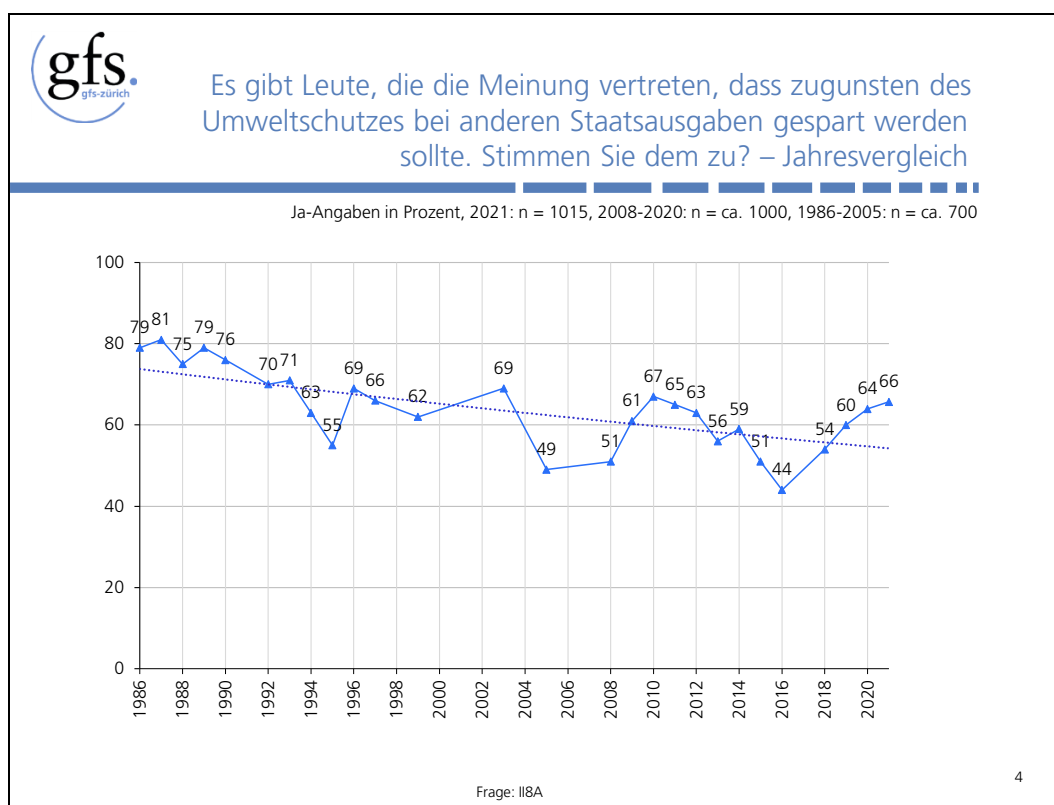
Zustimmung zum Ausdruck zu bringen, werden diese signifikanten Unterschiede basierend auf den Mittelwerten der jeweiligen Subgruppen ausgewiesen (siehe Kapitel B bis D). Deshalb wird in den entsprechenden Kapiteln dieses Berichts erst die Antworten-Verteilung auf der Skala allgemein in Prozenten und anschliessend die signifikanten Unterschiede zwischen den Mittelwerten der Subgruppen dargelegt.

## IV Ergebnisse im Detail

### A Umweltschutz und Staatsausgaben

Seit der ersten Erhebung im Jahre 1986 wird die Einstellung der Schweizer Bevölkerung zur Einsparung bei anderen Staatsausgaben zu Gunsten des Umweltschutzes gefragt.

Mit einigen „Ausreissern“ zeigt sich bis ins Jahr 2016 ein Abwärtstrend: Immer weniger Menschen in der Schweiz sind der Meinung, dass zu Gunsten des Umweltschutzes bei anderen Staatsausgaben gespart werden soll. Ab 2017 lässt sich eine Trendwende feststellen: Die Meinung, dass zu Gunsten des Umweltschutzes bei anderen Staatsausgaben gespart werden sollte, gewinnt wieder mehr Zustimmung. Vom Jahr 2016 (44%) zum Jahr 2021 (66%) ist ein Anstieg von 22 Prozentpunkten feststellbar. Im Vergleich zum Vorjahr 2020 unterscheidet sich der Zustimmunganteil 2021 jedoch kaum (2020: 64%). Die Umweltschutz-Thematik hat es somit nachhaltig auf die politische Agenda geschafft. Die vorherrschende COVID-19-Pandemie bzw. die damit verbundenen hohen Kosten haben auf die Wichtigkeit des Umweltschutzes bei den Staatsausgaben keinen Einfluss.



Im aktuellen Jahr 2021 sind vor allem Frauen, jüngere Personen, West-SchweizerInnen sowie SympathisantInnen der Grünen, der GLP und der SP dieser Meinung.

### **Soziodemographische Subgruppen:**

Frauen (69%) stimmen signifikant häufiger als Männer (63%) zu, dass bei den Staatsausgaben zu Gunsten des Klimaschutzes gespart werden sollte. Des Weiteren stimmen dieser Aussage Personen zwischen 18 und 39 Jahren (73%) signifikant häufiger zu als Personen zwischen 40 und 64 Jahren (63%) bzw. Personen, die 65 Jahre alt oder älter sind (60%).

Auch zwischen den Sprachregionen bestehen signifikante Unterschiede: So unterstützen WestschweizerInnen (80%) Einsparungen bei Staatsausgaben zu Gunsten des Klimaschutzes signifikant häufiger als Deutsch-SchweizerInnen (60%) dies tun.

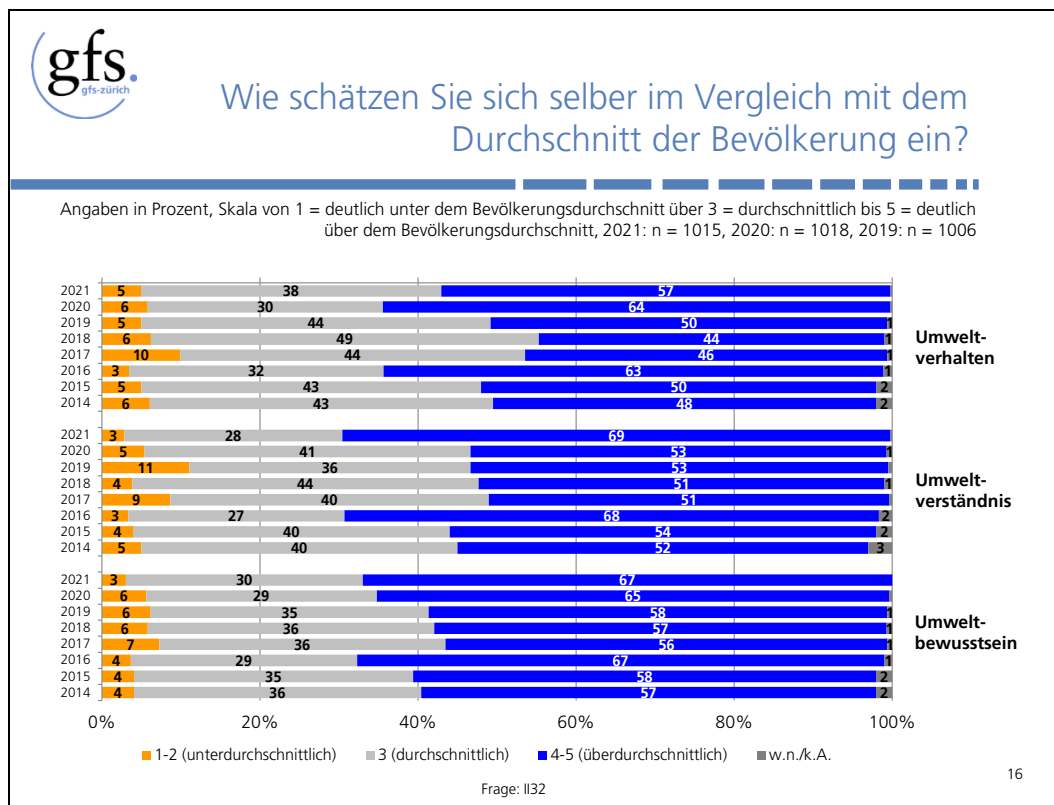
Abschliessend sind noch die signifikanten Unterschiede zwischen den SympathisantInnen unterschiedlicher Parteien zu erwähnen. Am höchsten ist die Zustimmung, dass bei den Staatsausgaben zu Gunsten des Klimaschutzes gespart werden sollte, bei Personen, die mit den Grünen sympathisieren (82%). Diese Personen unterscheiden sich in ihrer Zustimmung dann auch signifikant von Personen, die mit der Mitte (58%), der FDP (57%) oder der SVP (44%) sympathisieren. Aber auch Personen, die mit der GLP (69%) oder der SP (73%) sympathisieren, weisen hier eine hohe Zustimmung auf und unterscheiden sich signifikant von Personen, die mit der SVP sympathisieren.

## B Umweltbewusstsein, -verhalten & -verständnis – eine Selbsteinschätzung

Umweltbewusstsein, Umweltverhalten und Umweltverständnis sind in sozialwissenschaftlichen Umfragen nur schwer messbar. Sowohl bei Fragen nach dem tatsächlichen Verhalten (z.B. „Verwenden Sie in Ihrem Haushalt Energiesparlampen?“) als auch bei der Einschätzung des eigenen Umweltbewusstseins (z.B. „Wie schätzen Sie ihr Umweltbewusstsein selber im Vergleich zum Durchschnitt der Bevölkerung ein?“) stammt die Information von der befragten Person selbst und ist somit subjektiv gefärbt. Das selbstberichtete Verhalten muss nicht zwingend mit tatsächlichen Verhaltensweisen übereinstimmen; ebenso ist der Energie- und Ressourcenverbrauch von Personen, die sich selbst als überdurchschnittlich umweltbewusst einstufen, nicht notwendigerweise überdurchschnittlich hoch. In der Regel schätzen sich die befragten Personen selbst zu positiv ein. Dies lässt sich mit der sozialen Erwünschtheit begründen. Dennoch geben Selbsteinschätzungen des Umweltbewusstseins, des Umweltverhaltens und des Umweltverständnisses einen Anhaltspunkt über den Stellenwert des Umweltschutzes in der Gesellschaft. Insbesondere im Zeitvergleich sind sie aufschlussreich. In der UNIVOX Umwelt Befragung wird seit 2008 nach dem selbsteingeschätzten Umweltbewusstsein, -verhalten und -verständnis gefragt. Gerade in den letzten Jahren, die stark von der Klimadebatte geprägt wurden, sind die genannten Fragestellungen besonders interessant. Im Juni des aktuellen Jahres 2021 wurde ausserdem über zwei Volksinitiativen, welche den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft sowie die Trinkwasserqualität in der Schweiz in den Fokus nahmen, abgestimmt. Neben diesen beiden Volksinitiativen stimmte das Schweizer Stimmvolk ausserdem über die Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes ab.<sup>2</sup> Obwohl beide Initiativen sowie die Revision abgelehnt wurden, ist anzunehmen, dass das Aufkommen von Umweltthematiken auf der gesellschaftlichen und folglich politischen Agenda möglicherweise zu starken Veränderungen im Umweltbewusstsein, -verhalten und -verständnis geführt hat.

---

<sup>2</sup> <https://www.parlament.ch/de/services/volksabstimmungen/fruehere-volksabstimmungen/volksabstimmungen-2021/volksabstimmung-2021-06-13>.



Im Vergleich zum Vorjahr 2020 blieb der Anteil derjenigen, die ihr **Umweltbewusstsein** 2021 als überdurchschnittlich einschätzen, mit einem Unterschied von 2 Prozentpunkten praktisch unverändert (2020: 65%; 2021: 67%). Bei der Einschätzung des eigenen **Umweltverhaltens** ist dieser Anteil 2021 jedoch rückläufig (2020: 64%; 2021: 57%). Hingegen hat 2021 der Anteil derjenigen, die ihr **Umweltverständnis** als überdurchschnittlich einschätzen, deutlich zugenommen. War es 2020 noch lediglich rund die Hälfte der Schweizer Bevölkerung (53%), die sich als überdurchschnittlich einschätzten, tun dies nun über zwei Drittel (69%). Damit liegt dieser Anteil erstmals wieder auf dem hohen Niveau von 2016 (68%). Ein solch hohes Niveau wie im Jahr 2016 konnte in all den nachfolgenden Jahren nicht mehr festgestellt werden. Dieser auffällig starke Anstieg könnte auf diverse (z.T. in diesem Jahr initiierte, darüber abgestimmt wurde erst später) Volksinitiativen zu den Themen Atomstrom sowie Konzernverantwortung zurückführbar sein. Denn bereits 2017, also im darauffolgenden Jahr, reissen die Kurven jeweils abrupt ab. Bis es im Jahr 2020 sowohl bei der Einschätzung des eigenen Umweltverhaltens (2019: 50%; 2020: 64%) sowie des eigenen Umweltbewusstseins (2019: 58%; 2020: 65%) als überdurchschnittlich zu einem starken Anstieg kommt, welcher im aktuellen Jahr 2021 in einem deutlich höheren Anteil derjenigen, die ihr Umweltverständnis als überdurchschnittlich einschätzen, resultiert.

Diese Entwicklungen legen die Vermutung nahe, dass das kontinuierlich zunehmende Umweltbewusstsein in der Schweizer Bevölkerung tatsächlich zu einem zunehmend bewussteren bzw. überdurchschnittlichen Umweltverhalten und damit auch zu einem überdurchschnittlichen

Umweltverständnis geführt hat: Nachdem das Bewusstsein in den Jahren ab 2019 durch die Klimabewegung erweckt und gefördert wurde, zeigte sich dies 2020 im veränderten Umweltverhalten, woraus 2021 wiederum ein erhöhtes Umweltverständnis resultierte. Das verstärkte Aufkommen von Umweltthematiken auf der gesellschaftlichen und folglich politischen Agenda haben über die Jahre somit zu einer Veränderung im Umweltbewusstsein, -verhalten und -verständnis der Schweizer Bevölkerung geführt.

Der Mittelwerts-Vergleich der einzelnen Subgruppen zeigt, dass es in der Tendenz eher Frauen, ältere Personen, Personen mit einem hohen Bildungsniveau und/oder hohen Haushaltseinkommen sowie SympathisantInnen der Grünen, der GLP oder SP sind, die ihr Umweltbewusstsein, -verhalten oder -verständnis häufig als überdurchschnittlich einschätzen.

### **Soziodemographische Subgruppen Umweltbewusstsein:**

In Bezug auf das Umweltbewusstsein schätzen sich Personen, die 65 Jahre alt oder älter sind (MW: 4.0) signifikant stärker als umweltbewusst ein als Personen, die zwischen 18 und 39 Jahren und Personen, die zwischen 40 und 64 Jahren alt (MW: je 3.8) sind. Ausserdem schätzen West-SchweizerInnen (MW: 4.0) ihr Umweltbewusstsein signifikant höher ein als dies Deutsch-SchweizerInnen tun (MW: 3.8). Auch zwischen den SympathisantInnen unterschiedlicher Parteien bestehen signifikante Unterschiede: Erneut ist der Anteil derjenigen, die ihr Umweltbewusstsein als überdurchschnittlich einschätzen, bei den SympathisantInnen der Grünen (MW: 4.2) am höchsten, womit diese sich auch hier signifikant von den SympathisantInnen der Mitte (MW: 3.7), der FDP (MW: 3.6) und der SVP (MW: 3.5) unterscheiden. An zweiter Stelle folgen dann die SympathisantInnen der GLP (MW: 4.0) und der SP (MW: 3.9), welche sich ebenfalls signifikant von den SympathisantInnen der SVP unterscheiden.

### **Soziodemographische Subgruppen Umweltverhalten:**

Ihr Umweltverhalten schätzen Frauen (MW: 3.7), Personen, die 65 Jahre alt oder älter (MW: 3.8) sowie Personen, die zwischen 40 und 64 Jahren alt sind (MW: 3.7) signifikant häufiger als überdurchschnittlich ein als Männer (MW: 3.6) bzw. Personen, die zwischen 18 und 39 Jahren alt sind (MW: 3.5). Ebenfalls schätzen Personen, die mit den Grünen (MW: 3.9) sympathisieren, ihr Umweltverhalten signifikant häufiger als über dem Durchschnitt ein als dies Personen, die mit der Mitte (MW: 3.5), der FDP (MW: 3.5), der GLP (MW: 3.6) oder der SVP (MW: 3.4) sympathisieren, tun. Des Weiteren unterscheiden sich bei der Einschätzung des Umweltverhaltens die SympathisantInnen der SP (MW: 3.7) signifikant von SympathisantInnen der SVP.

### Soziodemographische Subgruppen Umweltverständnis:

Personen mit einem hohen Bildungsniveau (MW: 4.1) und/oder einem Haushaltseinkommen von über CHF 11'000.- (MW: 4.1) schätzen ihr Umweltverständnis signifikant häufiger als überdurchschnittlich ein als dies Personen mit einem tiefen (MW: 3.7) oder mittleren Bildungsniveau (MW: 3.9) und/oder Personen mit einem Haushaltseinkommen von unter CHF 4'000.- (MW: 3.8) tun. In Bezug auf die SympathisantInnen unterschiedlicher Parteien bestehen hier dieselben signifikanten Unterschiede wie beim Umweltbewusstsein: Personen, denen die Grünen (MW: 4.3) am ehesten entsprechen, weisen den höchsten Anteil derjenigen, die ihr Umweltverständnis als überdurchschnittlich einschätzen, auf und unterscheiden sich damit signifikant von Personen, denen die Mitte (MW: 3.9), die FDP (MW: 3.9) oder die SVP (MW: 3.6) am ehesten entspricht. An zweiter Stelle folgen somit dann auch hier Personen, denen die GLP (MW: 4.1) oder die SP (MW: 4.1) am ehesten entspricht, welche sich ebenfalls signifikant von den SympathisantInnen der SVP unterscheiden.

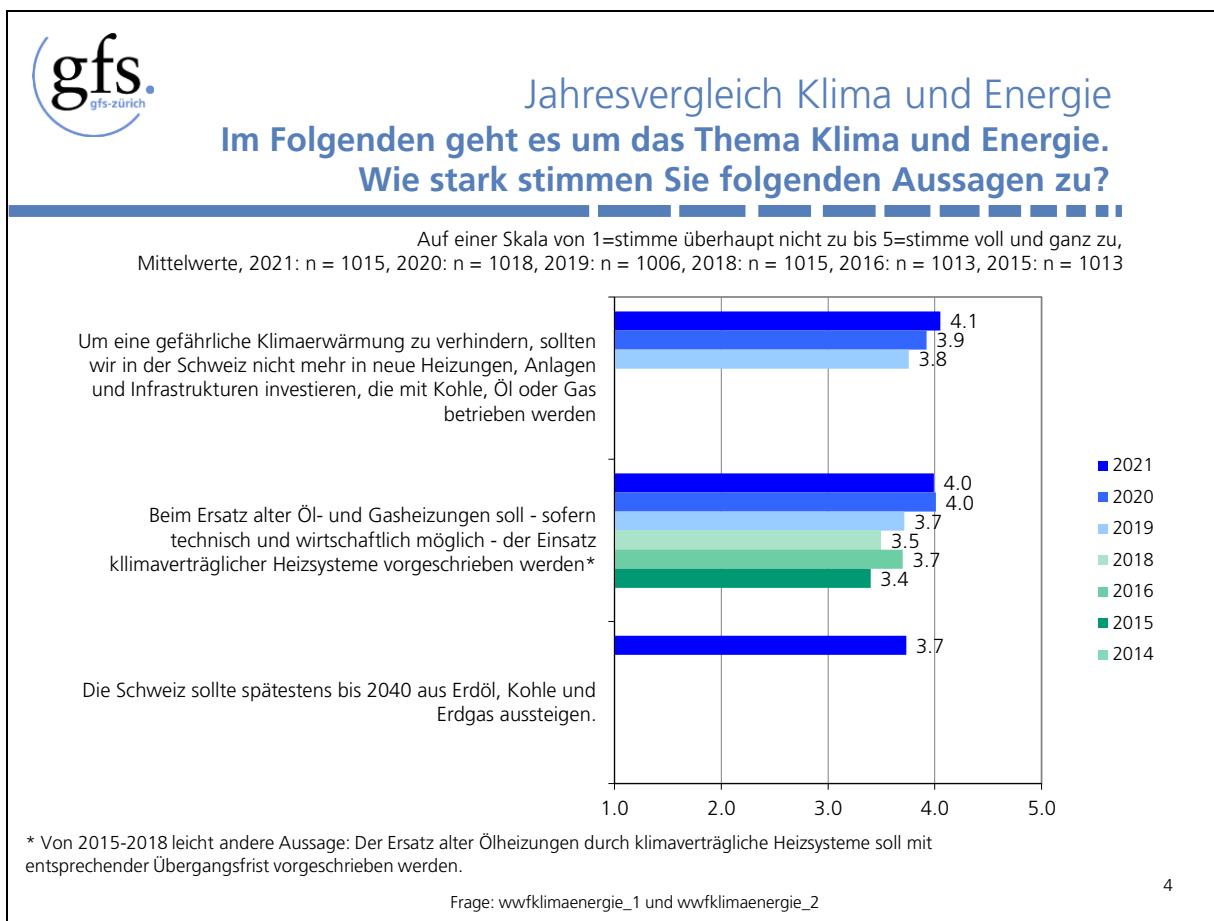
## C Energie und Klima

In diesem sowie in den beiden nachfolgenden Themenblöcken wurden die BefragungsteilnehmerInnen gebeten, auf einer Skala von 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 5 (stimme voll und ganz zu) den Grad ihrer Zustimmung zum Ausdruck zu bringen. Gegenstand dieses Themenblocks sind drei Aussagen, welche den Klimawandel betreffen. Dabei wurden bereits zwei Aussagen in den Vorjahren evaluiert, während eine weitere Frage erstmalig in der diesjährigen Befragung erhoben wurde.

Am stärksten stimmt die Schweizer Bevölkerung der Aussage zu, dass in der Schweiz nicht mehr in neue Heizungen, Anlagen und Infrastrukturen investiert werden soll, die mit Kohle, Öl oder Gas betrieben werden, um eine gefährliche Klimaerwärmung zu verhindern (4.1). Diese Frage wird seit 2019 gestellt, wobei die Zustimmung über die Zeit stetig zunahm. Beim Ersatz alter Öl- und Gasheizungen soll – sofern technisch und wirtschaftliche möglich – der Ersatz klimaverträglicher Heizsysteme vorgeschrieben werden (4.0). Auch hier ist die Zustimmung über den gesamten Zeitverlauf betrachtet, stetig gestiegen. Ausserdem soll die Schweiz spätestens bis 2040 aus Erdöl, Kohle und Erdgas aussteigen (3.7).

Auffällig ist, dass besonders Personen mit einem hohen Bildungsniveau, sowie SympathisantInnen der GLP, der Grünen und der SP signifikant stärker zustimmen als Personen mit einem mittleren und/oder tiefem Bildungsniveau sowie SympathisantInnen der FDP und der SVP.

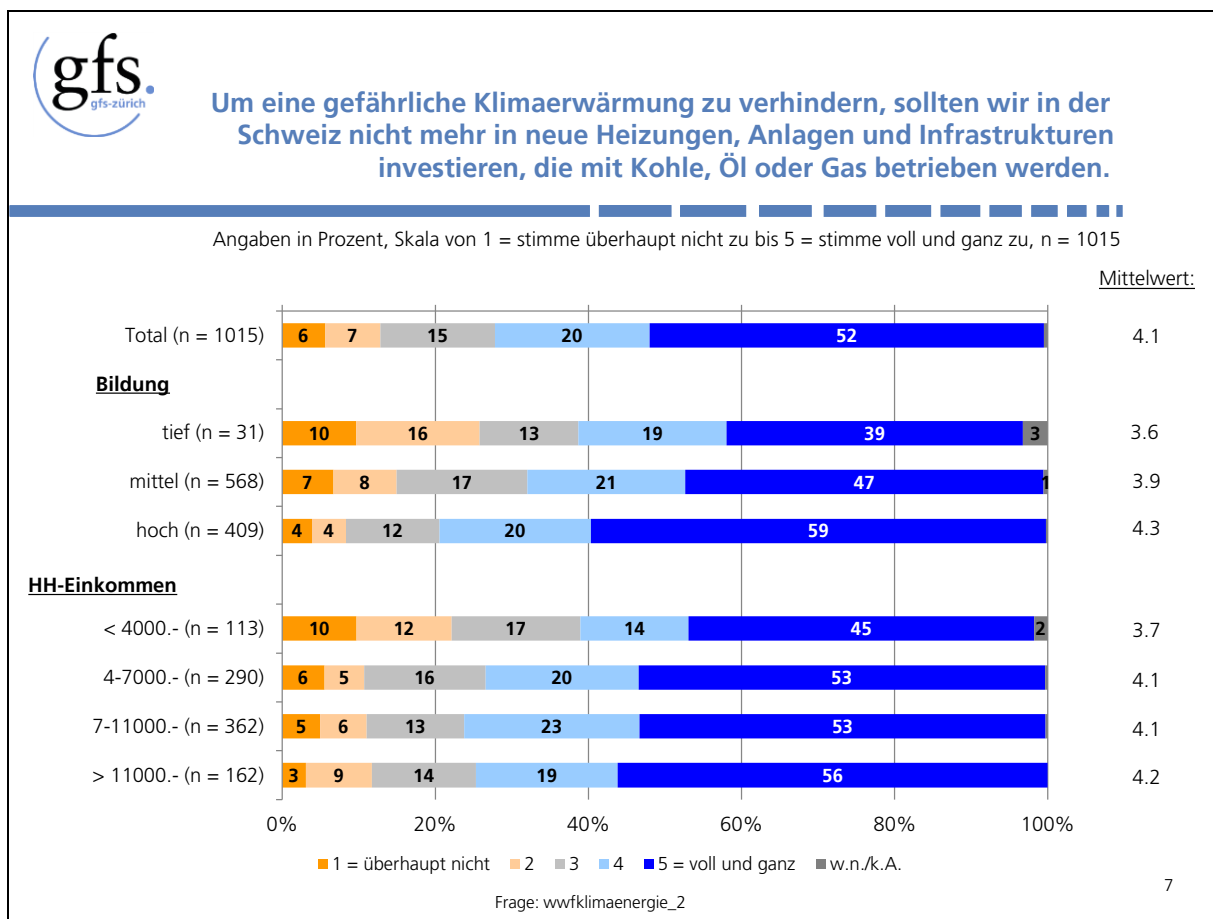




In den nachfolgenden drei Unterkapiteln wird nun detailliert dargelegt, wie die oben erläuterten Mittelwerte zu den jeweiligen Aussagen zustande kommen bzw. wie sich die Antworten entsprechend auf der Skala verteilen. Es folgt nun somit jeweils erst eine allgemeine Aussage über die Antworten-Verteilung in Prozenten, worauf dann ein Bericht der signifikanten Subgruppen-Unterschiede basierend auf einem Mittelwerts-Vergleich anschliesst.

## Investition in neue Kohle-, Öl- oder Gasheizungen

Im Detail sind knapp drei Viertel (72%) der Schweizer Bevölkerung der Meinung, dass, um eine gefährliche Klimaerwärmung zu verhindern, wir in der Schweiz nicht mehr in neue Heizungen, Anlagen und Infrastrukturen investieren sollten, die mit Kohle, Öl oder Gas betrieben werden. Damit hat dieser Anteil gegenüber dem Vorjahr um 3 Prozentpunkte (2020: 69%) leicht zugenommen. Von 2020 auf 2021 haben somit der Anteil derjenigen, die diese Aussage ablehnen um 1 Prozentpunkt (2021: 13%; 2020: 14%) und der Anteil der Unentschlossenen um 2 Prozentpunkte (2021: 15%; 2020: 17%) abgenommen.



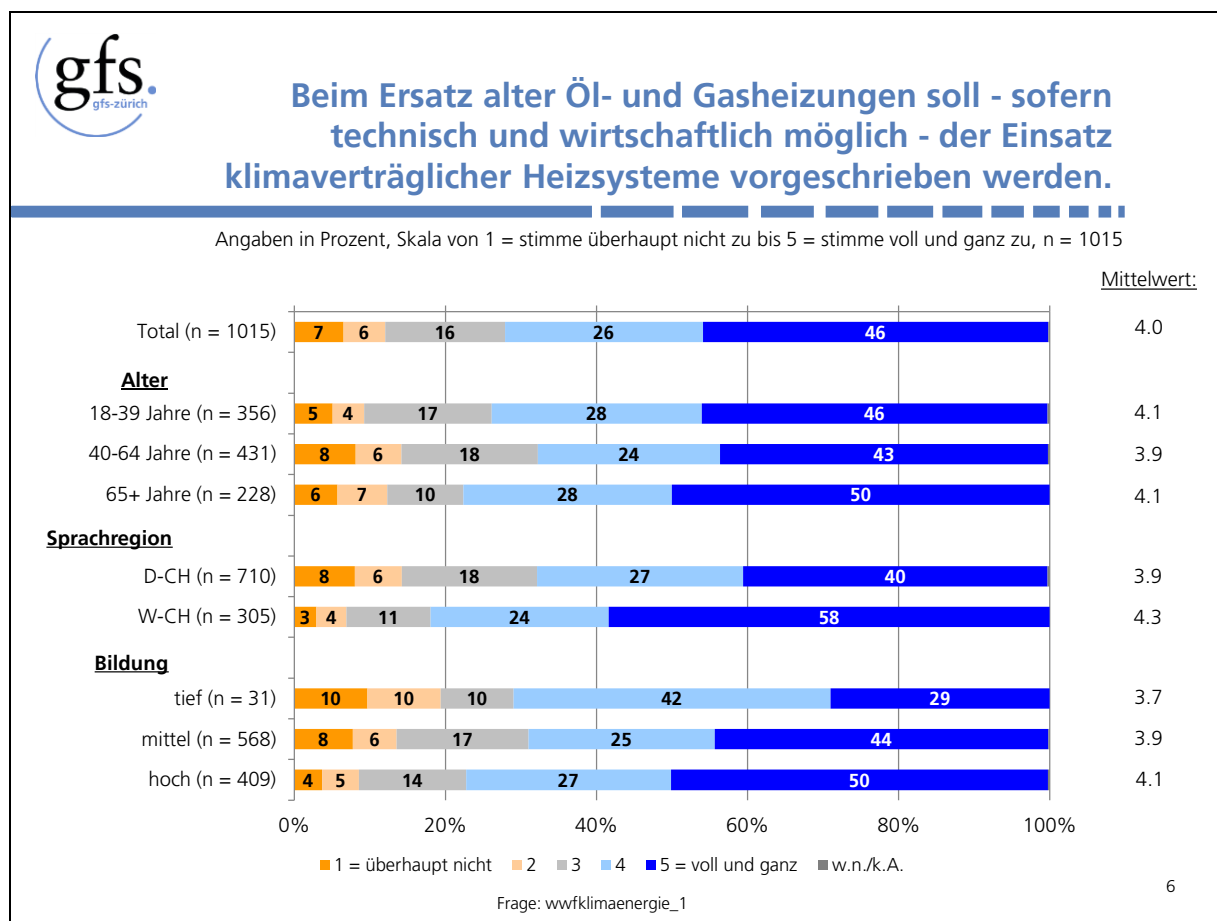
### Soziodemographische Subgruppen:

Personen, welche über ein hohes Bildungsniveau (MW: 4.3) und/oder über ein Haushaltseinkommen ab 4'000 Franken pro Monat (4'000-7'000.- Fr. MW: 4.1; 7'001-11'000.- Fr. MW: 4.1; >11'000.- Fr. MW: 4.2) verfügen, stimmen signifikant häufiger zu, dass in der Schweiz nicht mehr in neue Heizungen, Anlagen und Infrastrukturen, die mit Kohle, Öl oder Gas betrieben werden, investiert werden sollte als dies Personen mit einem tiefen (MW: 3.6) oder mittleren Bildungsniveau (MW: 3.9) und/oder Personen, die über weniger als 4'000 Franken Haushaltseinkommen pro Monat (MW: 3.7) verfügen, tun.

Ausserdem ist die Zustimmung bei Personen, denen die Grünen (MW: 4.7) am ehesten entsprechen, am höchsten. Diese Personen unterscheiden sich in ihrer Zustimmung signifikant von Personen, denen die Mitte (MW: 4.1), die FDP (MW: 3.7) oder die SVP (MW: 3.1) am ehesten entspricht. Ebenfalls hoch ist die Zustimmung bei Personen, denen die SP (MW: 4.5) am ehesten entspricht. Auch sie unterscheiden sich signifikant von Personen, denen die FDP oder die SVP am ehesten entspricht. An dritter Stelle folgen dann Personen, denen die GLP (MW: 4.3) oder die Mitte (MW: 4.1) am ehesten entspricht, womit diese sich in ihrer Zustimmung dann ebenfalls signifikant von Personen, denen die SVP am ehesten entspricht, unterscheiden.

## Regelung klimaverträgliche Heizsysteme

Ebenfalls knapp drei Viertel (72%) der Schweizer Bevölkerung befürworten eine Vorschrift für den Einsatz von klimaverträglichen Heizsystemen beim Ersatz alter Öl- und Gasheizungen (sofern technisch und wirtschaftlich möglich), während sich etwas mehr als jeder/jede Zehnte (13%) dagegen ausspricht und ungefähr jeder/jede Sechste (16%) weder dafür noch dagegen ist. Diese Anteile haben sich gegenüber dem Vorjahr 2020 kaum verändert (2020: 73% stimme (voll und ganz) zu, 12% stimme (überhaupt) nicht zu, 15% unentschieden).

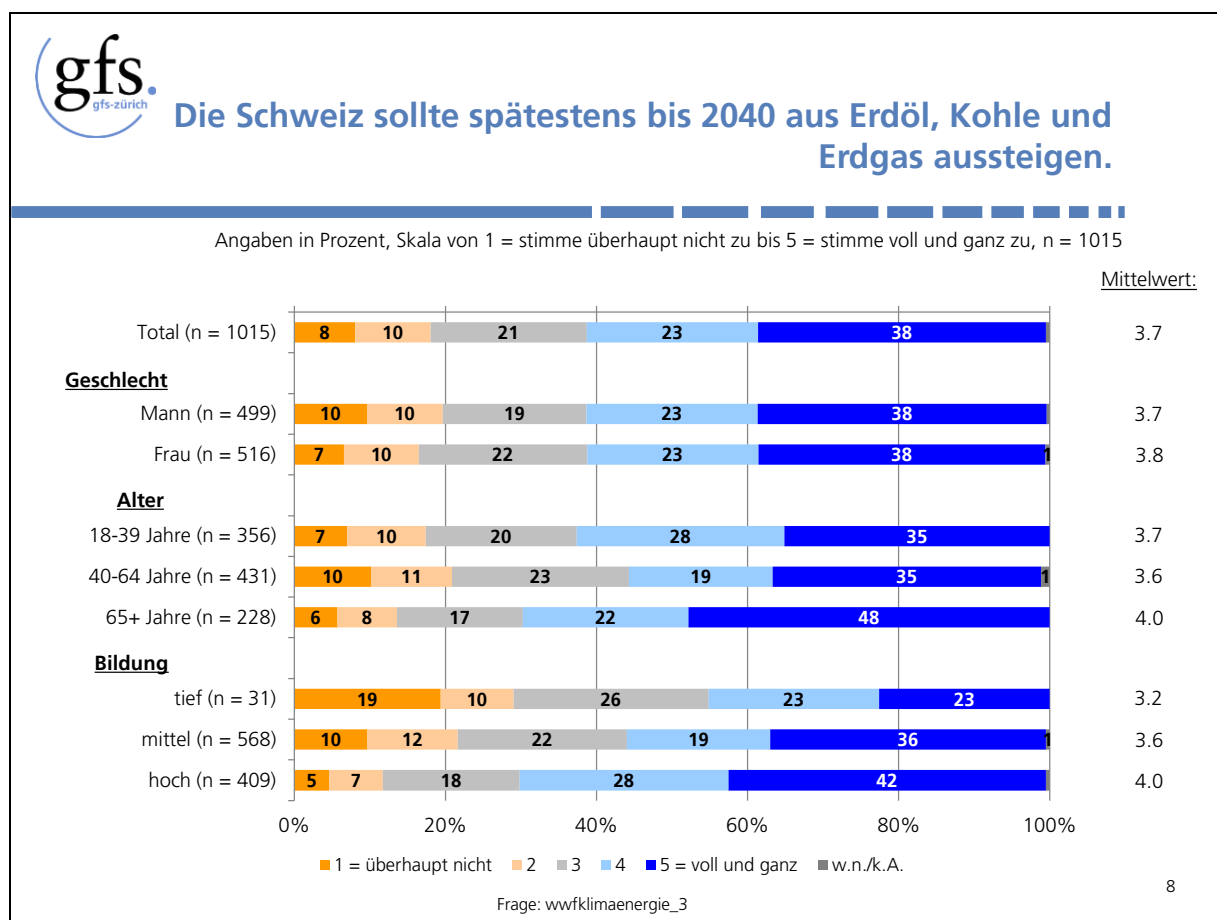


### Soziodemographische Subgruppen:

Personen aus der West-Schweiz (MW: 4.3) sowie Personen mit einem hohen Bildungsniveau (MW: 4.1) befürworten eine solche Vorschrift signifikant häufiger als Personen aus der Deutsch-Schweiz (MW: 3.9) bzw. Personen mit einem mittleren Bildungsniveau (MW: 3.9). Ausserdem stimmen SympathisantInnen der GLP (MW: 4.1), der Grünen (MW: 4.5) sowie der SP (MW: 4.4) dieser Aussage signifikant häufiger zu als SympathisantInnen der FDP (MW: 3.6) oder der SVP (MW: 3.3). Im Vergleich mit SympathisantInnen der SVP stimmen hier aber auch SympathisantInnen der Mitte (MW: 3.9) signifikant häufiger zu.

## Ausstieg aus Erdöl, Kohle und Erdgas bis 2040

Gut drei Fünftel (61%) der Schweizer Bevölkerung stimmen der Aussage (eher) zu, dass die Schweiz spätestens bis 2040 aus Erdöl, Kohle und Erdgas aussteigen sollte, während knapp ein Fünftel (18%) diese Aussage hingegen (eher) ablehnt. Der letzte Fünftel (21%) spricht sich weder dafür noch dagegen aus.



### Soziodemographische Subgruppen:

Signifikant starke Zustimmung findet diese Aussage bei Personen, die 65 Jahre alt oder älter sind (MW: 4.0; 40-64 Jahre MW: 3.6) sowie Personen, die über ein hohes Bildungsniveau verfügen (MW: 4.0; tief MW: 3.2; mittel MW: 3.6). Auch dieser Aussage stimmen Personen, denen die GLP (MW: 4.1), die Grünen (MW: 4.5) oder die SP (MW: 4.3) am ehesten entspricht, signifikant häufiger zu als Personen, denen die FDP (MW: 3.1) oder die SVP (MW: 2.7) am ehesten entspricht. Im Vergleich mit Personen, denen die SVP am ehesten entspricht, stimmen hier aber auch Personen, denen die Mitte (MW: 3.5) am ehesten entspricht, signifikant häufiger zu.

## D CO<sub>2</sub>-Gesetz

Wie bereits eingangs erläutert, stimmte das Schweizer Stimmvolk am 13. Juni 2021 unter anderem über das revidierte CO<sub>2</sub>-Gesetz ab. Die Vorlage wurde mit 51,6% abgelehnt, womit es laut Bundesrat für die Schweiz schwieriger wird, ihren Treibhausgas-Ausstoss bis 2030 zu halbieren und damit die Ziele des Pariser Klimaschutz-Abkommens einzuhalten.<sup>3</sup>

Gut drei von vier Personen (78%) stimmen nun hingegen (eher) zu, dass die Schweiz unabhängig von dieser Volksabstimmung alles dafür tun soll, die selbstgesetzten Klimaziele des Pariser Klimaschutz-Abkommens einzuhalten. Auch die Flugticketabgabe, welche ein Bestandteil des revidierten CO<sub>2</sub>-Gesetzes war, beurteilen knapp zwei von drei Personen (65%) als ein sinnvolles Klimaschutz-Instrument. Allgemein stimmen je knapp drei von fünf Personen zu, dass die meisten Klimaschutzmassnahmen der abgelehnten CO<sub>2</sub>-Gesetzes-Revision sinnvoll sind und neu beschlossen (58%) bzw. einzeln wieder zur Abstimmung gestellt (57%) werden sollten.

Auch hier zeigt der Mittelwerts-Vergleich, dass es wieder vor allem Frauen, Personen mit einem hohen Bildungsniveau und SympathisantInnen der GLP, der Grünen und der SP sind, die diesen Aussagen signifikant häufiger zustimmen. Ausserdem ist die Zustimmung bei älteren Personen und in der Stadt lebenden Personen signifikant höher als bei jüngeren Personen bzw. Personen, die in der Agglomeration oder auf dem Land leben.

---

<sup>3</sup> [https://www.admin.ch/dam/gov/de/Dokumentation/Abstimmungen/juni2021/Abstimmungsbroeschuere\\_13-06-2021\\_WEB\\_de.pdf.download.pdf/Abstimmungserl%C3%A4uterungen%20Juni%2021.pdf](https://www.admin.ch/dam/gov/de/Dokumentation/Abstimmungen/juni2021/Abstimmungsbroeschuere_13-06-2021_WEB_de.pdf.download.pdf/Abstimmungserl%C3%A4uterungen%20Juni%2021.pdf) (Stand: 03.02.2022)

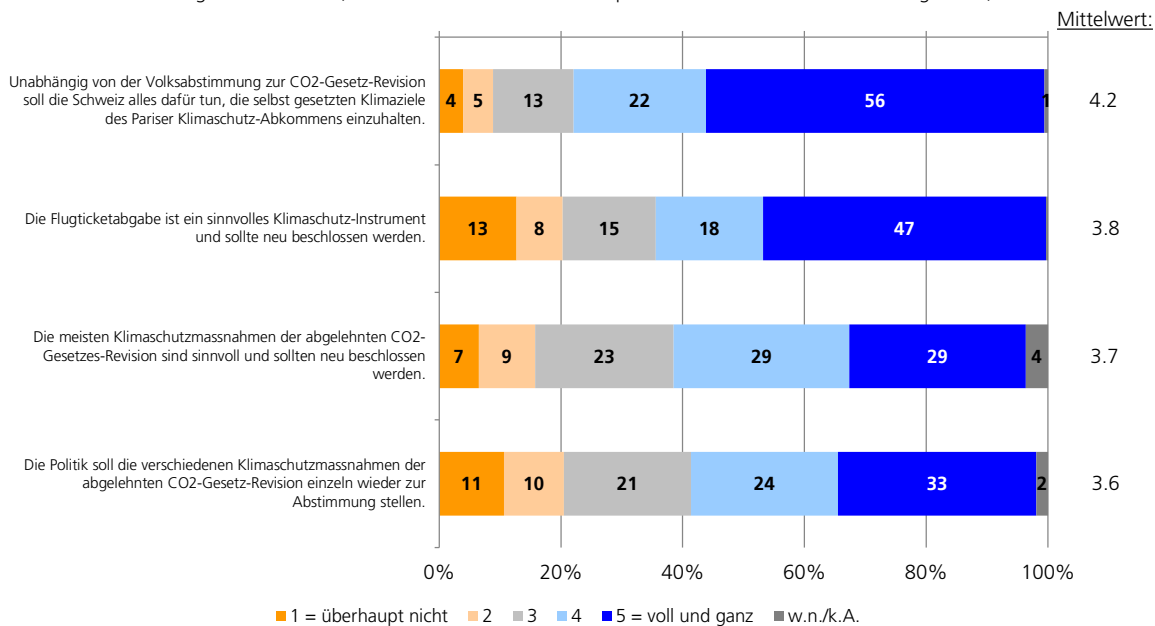
<https://www.youtube.com/watch?v=c4IG19letkU> (Stand: 03.02.2022)



## Übersicht Klima und Energie

### Im Folgenden geht es um das Thema Klima und Energie. Wie stark stimmen Sie folgenden Aussagen zu?

Angaben in Prozent, Skala von 1 = stimme überhaupt nicht zu bis 5 = stimme voll und ganz zu, n = 1015



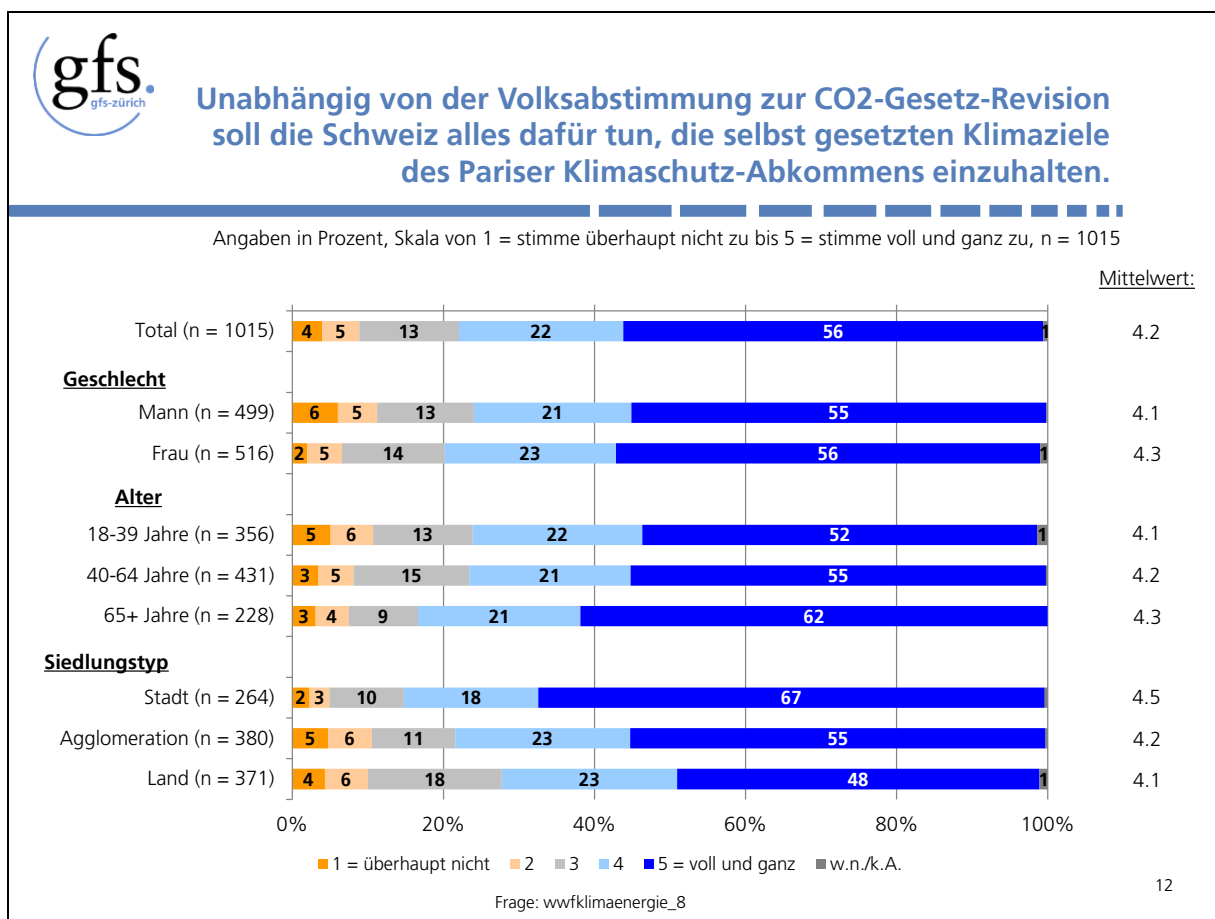
Frage: wwfklimaenergie

4



## Einhaltung der selbstgesetzten Klimaziele des Pariser Klimaschutz-Abkommens

Über drei Viertel (78%) der Schweizer Bevölkerung sind der Meinung, dass die Schweiz unabhängig von der Volksabstimmung zur CO<sub>2</sub>-Gesetz-Revision alles dafür tun sollte, die selbstgesetzten Klimaziele des Pariser Klimaschutz-Abkommens einzuhalten. Nur knapp jeder/jede Zehnte (9%) unterstützt diese Meinung (eher) nicht. Gut jeder/jede Achte (13%) spricht sich weder dafür noch dagegen aus.



### Soziodemographische Subgruppen:

Frauen (MW: 4.3), Personen, welche über ein hohes Bildungsniveau verfügen (MW: 4.5) sowie Personen, die in der Stadt leben (MW: 4.5), sind signifikant häufiger dieser Meinung als Männer (MW: 4.1) bzw. Personen, welche über ein tiefes (MW: 3.9) oder mittleres (MW: 4.1) Bildungsniveau verfügen und Personen, die in der Agglomeration (MW: 4.2) oder auf dem Land (MW: 4.1) leben.

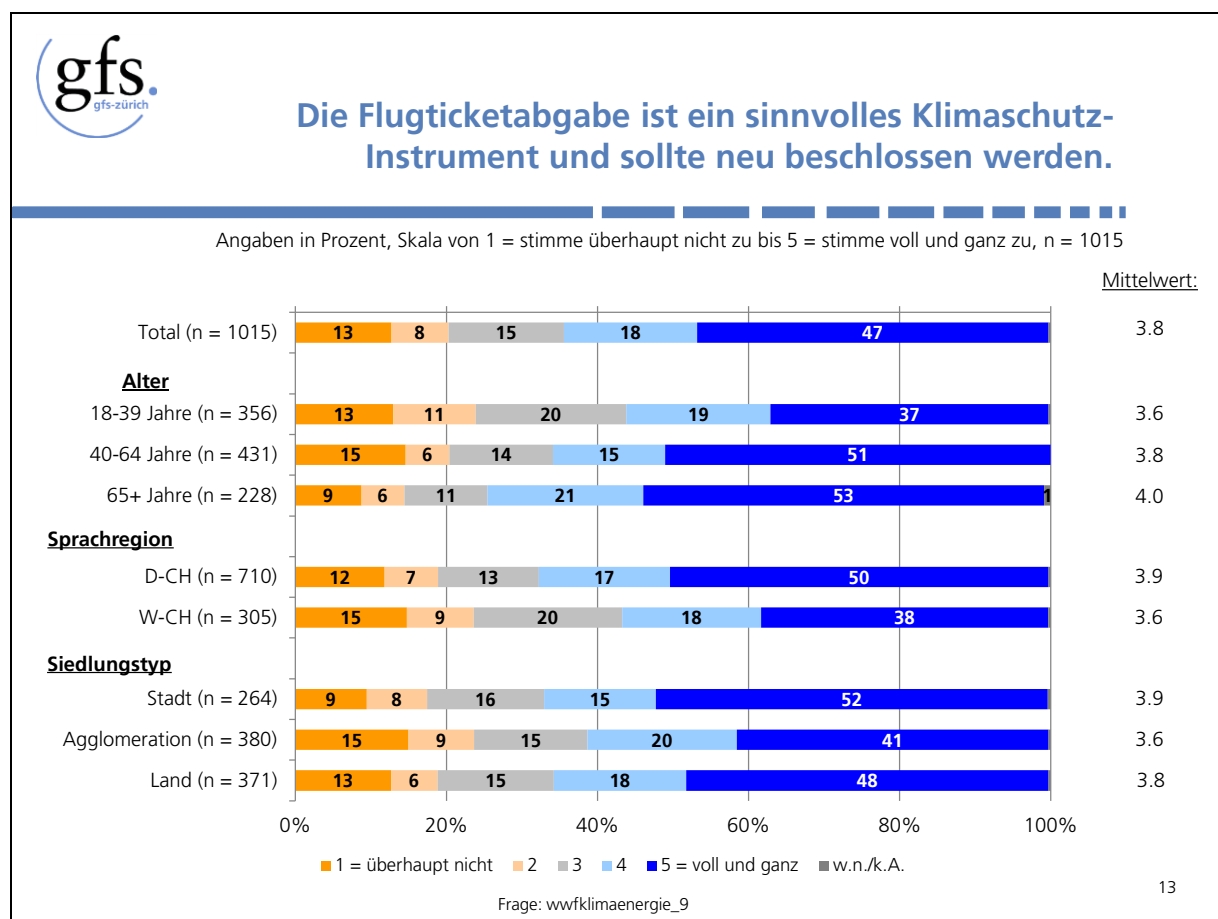
Ausserdem stimmen dieser Aussage Personen, denen die GLP (MW: 4.6), die Grünen (MW: 4.9) oder die SP (MW: 4.8) am ehesten entspricht, signifikant häufiger zu als Personen, denen die FDP

(MW: 3.9) oder die SVP (MW: 2.9) am ehesten entspricht. Personen, denen die FDP am ehesten entspricht, stimmen dieser Aussage jedoch immer noch signifikant häufiger zu als Personen, denen die SVP am ehesten entspricht. Dies trifft auch auf Personen zu, denen die Mitte (MW: 4.0) am ehesten entspricht.

Insgesamt sind bei dieser Aussage jedoch hohe Zustimmungswerte über sämtliche Subgruppen – mit Ausnahme der SympathisantInnen der SVP – zu verzeichnen. Es scheint somit eine grosse Einigkeit in der Schweizer Bevölkerung zu bestehen, dass die Schweiz unabhängig von der Volksabstimmung zur CO<sub>2</sub>-Gesetz-Revision alles dafür tun sollte, die selbstgesetzten Klimaziele des Pariser Klimaschutz-Abkommens einzuhalten.

## Flugticketabgabe

Knapp zwei Drittel (65%) der Schweizer Bevölkerung stimmen der Aussage (eher) zu, dass die Flugticketabgabe ein sinnvolles Klimaschutz-Instrument ist und neu beschlossen werden sollte, während gut ein Fünftel (21%) diese Aussage (eher) ablehnt. Gut jeder/jede Siebte (15%) stimmt ihr weder zu noch lehnt er/sie sie ab.





### Soziodemographische Subgruppen:

Eine signifikant höhere Zustimmung findet diese Aussage bei Personen, welche 40 Jahre alt oder älter sind (18-39 Jahre MW: 3.6; 40-64 Jahre MW: 3.8; 65+ Jahre MW: 4.0), bei in der Deutsch-Schweiz lebende Personen (MW: 3.9; W-CH MW: 3.6) und bei Personen, die in der Stadt leben (MW: 3.9; Agglomeration MW: 3.6).

Aber auch hier sind SympathisantInnen der GLP (MW: 4.1), der Grünen (MW: 4.5) oder der SP (MW: 4.2) signifikant häufiger dieser Meinung als SympathisantInnen der FDP (MW: 3.2) oder der SVP (MW: 2.8). Im Vergleich mit SympathisantInnen der SVP stimmen aber auch SympathisantInnen der Mitte (MW: 3.5) dieser Aussage signifikant häufiger zu.

---

## Neu-Beschliessung und wiederholte Abstimmungen der einzelnen Klimaschutzmassnahmen der abgelehnten CO<sub>2</sub>-Gesetzes-Revision

---

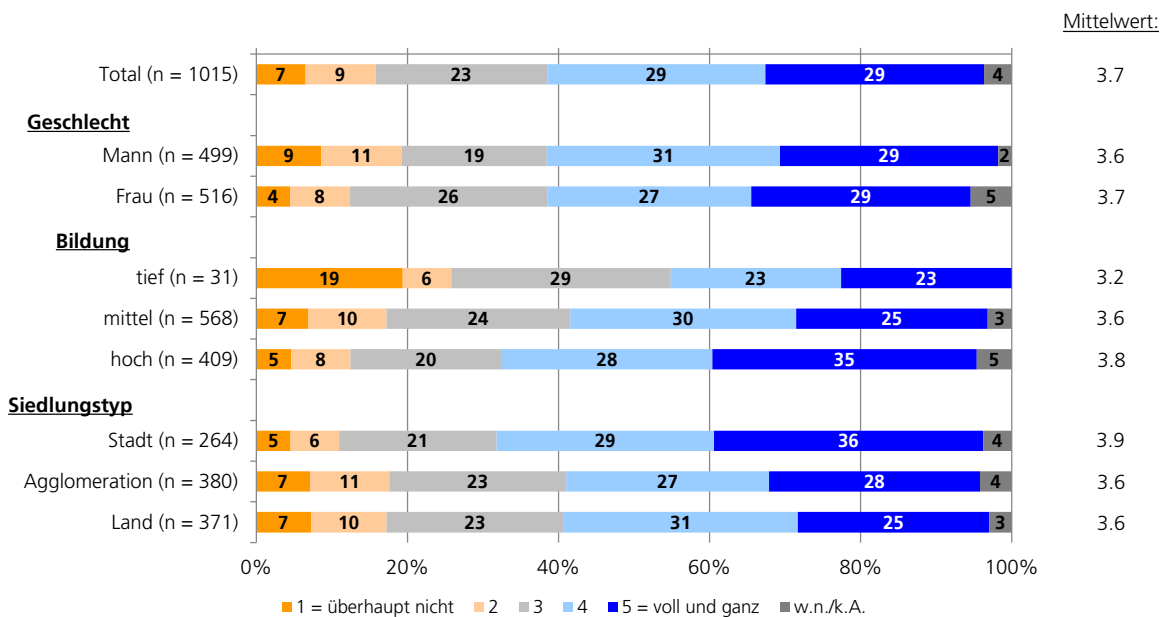
Ungefähr drei Fünftel (58%) der Schweizer Bevölkerung empfinden die meisten Klimaschutzmassnahmen der abgelehnten CO<sub>2</sub>-Gesetzes-Revision als sinnvoll und befürworten eine Neu-Beschliessung dieser. Knapp jeder/jede Sechste (16%) ist hingegen nicht dieser Ansicht und knapp jeder/jede Vierte (23%) spricht sich weder dafür noch dagegen aus.

Ebenfalls ungefähr drei Fünftel (57%) der Schweizer Bevölkerung sind daher der Meinung, dass die Politik die verschiedenen Klimaschutzmassnahmen einzeln wieder zur Abstimmung stellen soll. Jeweils gut ein Fünftel (21%) spricht sich jedoch dagegen aus bzw. ist unentschlossen.



## Die meisten Klimaschutzmassnahmen der abgelehnten CO2-Gesetzes-Revision sind sinnvoll und sollten neu beschlossen werden.

Angaben in Prozent, Skala von 1 = stimme überhaupt nicht zu bis 5 = stimme voll und ganz zu, n = 1015



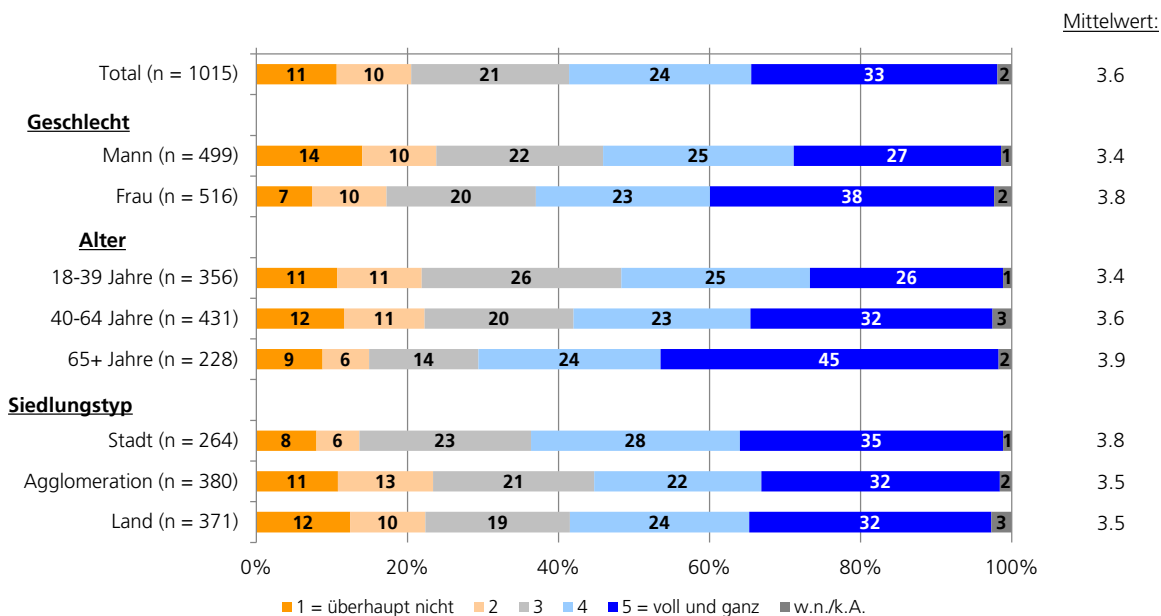
Frage: wwfklimaenergie\_7

11



## Die Politik soll die verschiedenen Klimaschutzmassnahmen der abgelehnten CO2-Gesetzes-Revision einzeln wieder zur Abstimmung stellen.

Angaben in Prozent, Skala von 1 = stimme überhaupt nicht zu bis 5 = stimme voll und ganz zu, n = 1015



Frage: wwfklimaenergie\_6

10



### Soziodemographische Subgruppen:

Diese beiden Aussagen finden vor allem bei Personen, die 65 Jahre alt oder älter sind (MW: 3.9 bzw. MW: 3.9) sowie bei Personen, denen die GLP (MW: 3.9 bzw. 3.9), die Grünen (MW: 4.3 bzw. 4.2), die SP (MW: 4.2 bzw. 4.0) oder die Mitte (MW: 3.5 bzw. 3.3) am ehesten entspricht, eine signifikant hohe Zustimmung.

Eine einzelne Abstimmung über die verschiedenen Klimaschutzmassnahmen wird ausserdem vor allem von Frauen (MW: 3.8; Männer MW: 3.4) befürwortet.

Einer Neu-Beschliessung der meisten Massnahmen stimmen ausserdem Personen, die in der Stadt leben (MW: 3.9) sowie Personen, die über ein hohes Bildungsniveau verfügen (MW: 3.8) signifikant häufiger zu als dies Personen tun, die in der Agglomeration (MW: 3.6) oder auf dem Land (MW: 3.6) leben bzw. Personen, die über ein tiefes (MW: 3.2) oder mittleres Bildungsniveau (MW: 3.6) verfügen.

## E Wasserkraft und Gewässerschutz

Gegenstand dieses Themenblocks sind Aussagen zu den beiden Umweltthemen Wasserkraft und Gewässerschutz, welche sich gewissermassen konkurrenzieren: Wasserkraftanlagen produzieren einerseits erneuerbare Energie, andererseits verursachen sie auch Eingriffe in die Lebensräume und Lebensgemeinschaften der Gewässer.

Die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung will eine umweltverträgliche Wasserkraft und die natürlichen Gewässer und Auen schützen: So stimmen gut drei von fünf Personen (62%) der Aussage (eher) zu, dass in national geschützten Auen und Mooren keine neuen Wasserkraftanlagen gebaut werden dürfen bzw. dass neue Wasserkraftanlagen nur ausserhalb von national geschützten Auen und Mooren gebaut werden dürfen. Gut drei von vier Personen (77%) stimmen der Aussage (eher) zu, dass neue Wasserkraftanlagen nur dann von Fördermitteln profitieren sollen, wenn sie klare Umweltrichtlinien einhalten. Des Weiteren sind knapp neun von zehn Personen (87%) der Ansicht, dass Wasserkraftwerke ausreichend Wasser in Bächen und Flüssen belassen sollen, damit Fische und andere Lebewesen überleben und etwa zur Fortpflanzung wandern können. Auch verbindlichen Regelungen, die verhindern, dass sich der Zustand der Schweizer Bäche und Flüsse verschlechtert, stimmen gut drei von vier Personen (77%) (eher) zu. Ungefähr gleich viele Personen (74%) sind der Meinung, dass es Schutzgebiete braucht, um die letzten natürlichen oder naturnahen Bäche und Flüsse vor Verbauung und Wassernutzung zu schützen.

Über all diese Aussagen hinweg sind es vor allem Frauen, SympathisantInnen der GLP, der Grünen und der SP, West-SchweizerInnen sowie ältere und in der Stadt oder der Agglomeration lebenden Personen, die diesen Aussagen signifikant häufiger zustimmen.



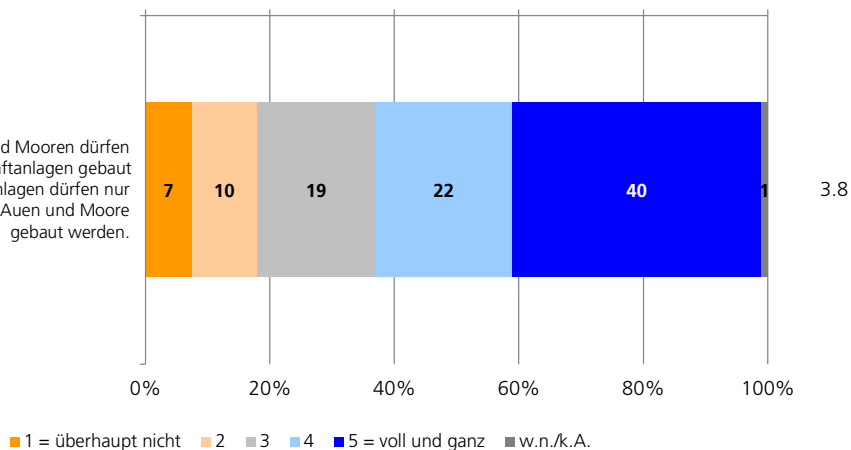
## Übersicht Gewässer und Biodiversität – Allgemein

Angaben in Prozent, Skala von 1 = stimme überhaupt nicht zu bis 5 = stimme voll und ganz zu, n = 1015

**Wasserkraftanlagen produzieren einerseits erneuerbare Energie, andererseits verursachen sie auch Eingriffe in die Lebensräume und Lebensgemeinschaften der Gewässer. Weniger als 2.5 % der Schweizer Landesfläche wie wertvolle Auen und Moore sind als "Biotope von nationaler Bedeutung" geschützt. Wie stark stimmen Sie folgenden Aussagen zu?**

Mittelwert:

In national geschützten Auen und Mooren dürfen keine neuen Wasserkraftanlagen gebaut werden/Neue Wasserkraftanlagen dürfen nur ausserhalb national geschützter Auen und Moore gebaut werden.



Frage: wwfgewaesserbiodiv1

15



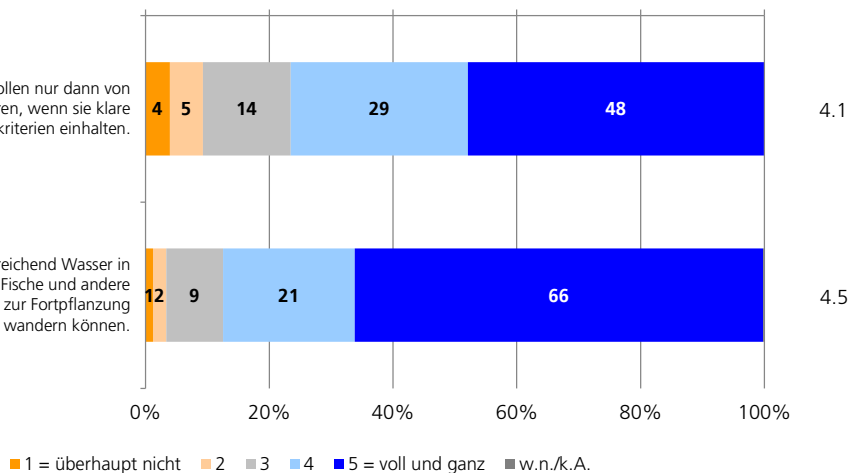
## Übersicht Gewässer und Biodiversität – Wasserkraft

Angaben in Prozent, Skala von 1 = überhaupt nicht einverstanden bis 5 = voll und ganz einverstanden, n = 1015

**Momentan zahlt jeder Stromkonsument einen kleinen Netzzuschlag auf den Strompreis, um den Ausbau der erneuerbaren Energien zu fördern. Daraus wird auch die Wasserkraft gefördert. Wie sehr sind Sie mit folgenden Aussagen einverstanden?**

Mittelwert:

Neue Wasserkraftanlagen sollen nur dann von Fördermitteln profitieren, wenn sie klare Umweltkriterien einhalten.



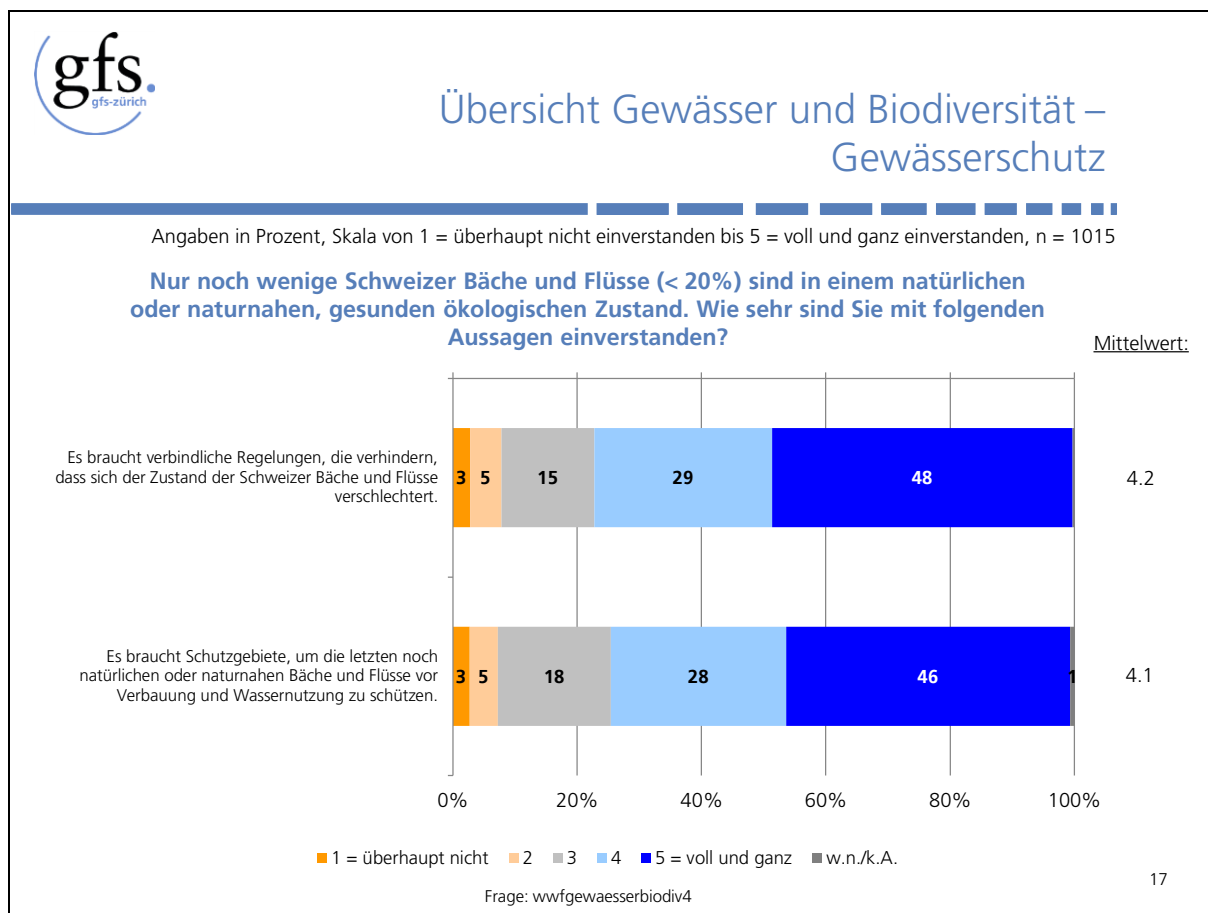
Wasserkraftwerke sollen ausreichend Wasser in Bächen und Flüssen belassen, damit Fische und andere Lebewesen überleben und etwa zur Fortpflanzung wandern können.

1 = überhaupt nicht 2 3 4 5 = voll und ganz w.n./k.A.

Frage: wwfgewaesserbiodiv2, wwfgewaesserbiodiv3

16





## Wasserkraft

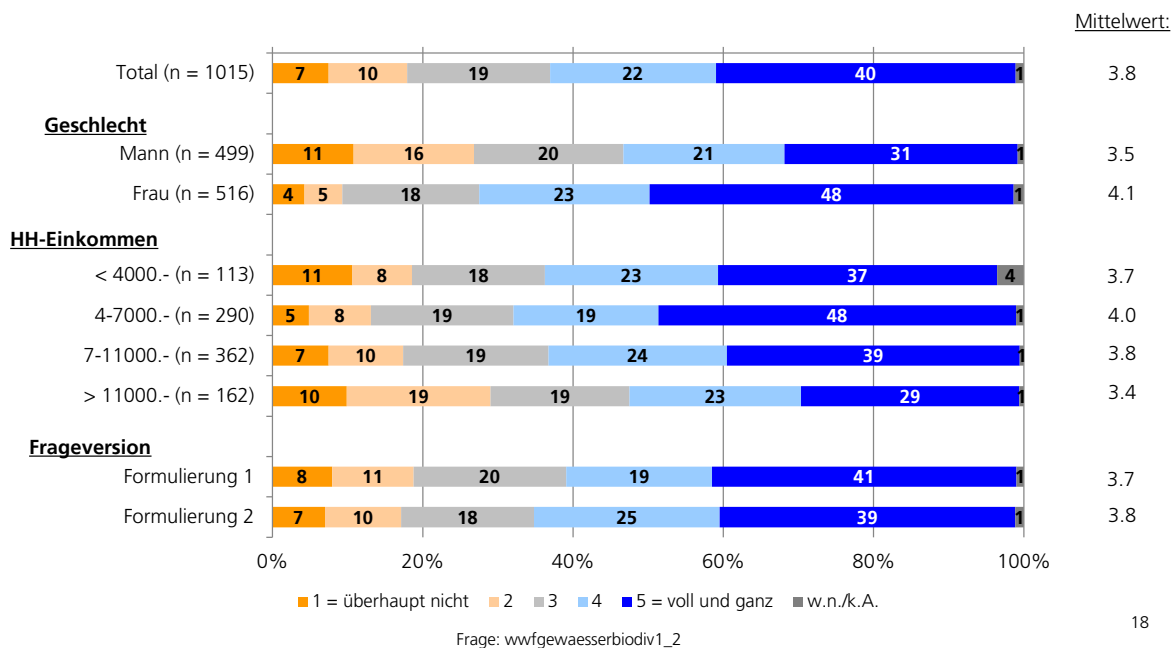
Der Aussage, dass in national geschützten Auen und Mooren keine neuen Wasserkraftanlagen gebaut werden dürfen bzw. dass neue Wasserkraftanlagen nur ausserhalb von national geschützten Auen und Mooren gebaut werden dürfen, stimmen gut drei Fünftel (62%) der Schweizer Bevölkerung (eher) zu. Noch mehr Zustimmung erfährt jedoch die Aussage, dass neue Wasserkraftanlagen nur dann von Fördermitteln profitieren sollen, wenn sie klare Umweltrichtlinien einhalten. Hier stimmen über drei Viertel (77%) der Schweizer Bevölkerung (eher) zu. Am höchsten ist jedoch die Zustimmung bei der Aussage, dass Wasserkraftwerke ausreichend Wasser in Bächen und Flüssen belassen sollen, damit Fische und andere Lebewesen überleben und etwa zur Fortpflanzung wandern können. Diese Ansicht teilen knapp neun von zehn Personen (87%).

All diese Aussagen finden vor allem bei Frauen und SympathisantInnen der Grünen oder der SP eine hohe Zustimmung.



### In national geschützten Auen und Mooren dürfen keine neuen Wasserkraftanlagen gebaut werden./Neue Wasserkraftwerke dürfen nur ausserhalb national geschützter Auen und Moore gebaut werden.

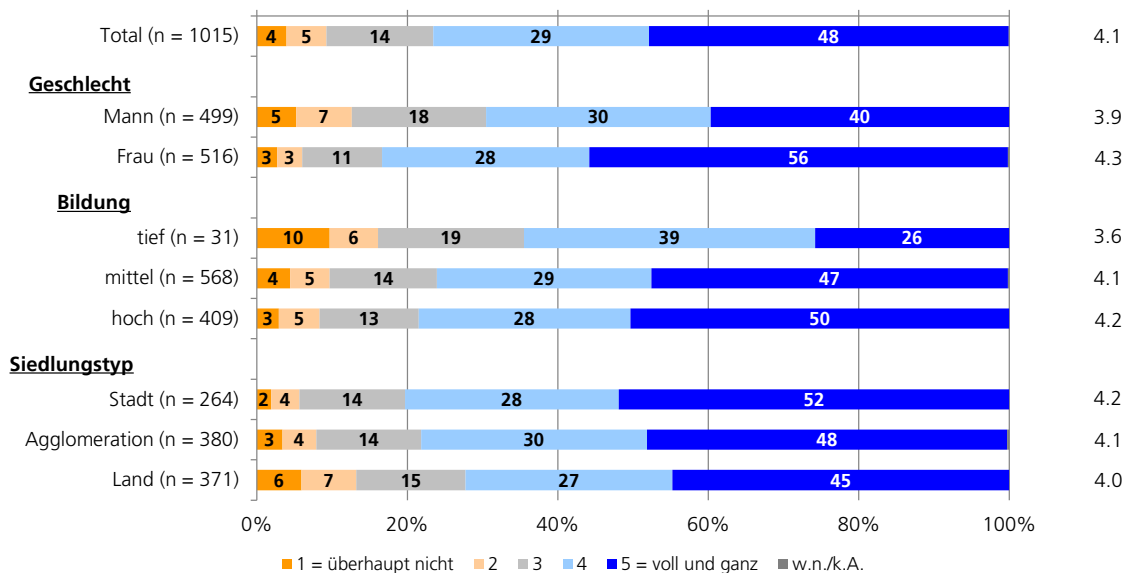
Angaben in Prozent, Skala von 1 = stimme überhaupt nicht zu bis 5 = stimme voll und ganz zu, n = 1015



## Neue Wasserkraftanlagen sollen nur dann von Fördermitteln profitieren, wenn sie klare Umweltkriterien einhalten.

Angaben in Prozent, Skala von 1 = überhaupt nicht einverstanden bis 5 = voll und ganz einverstanden, n = 1015

Mittelwert:

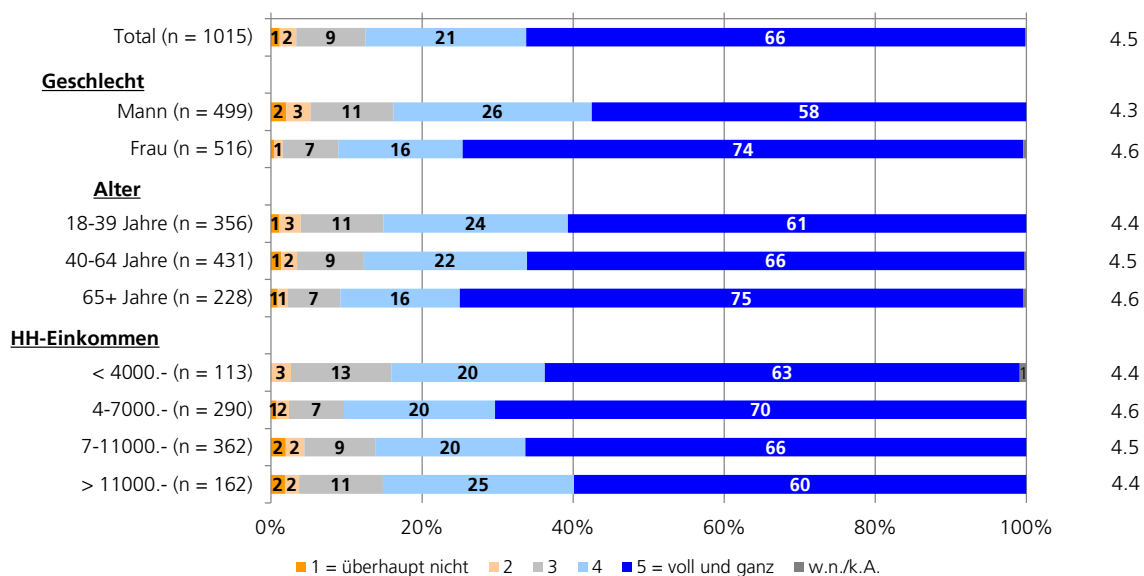


21

## Wasserkraftwerke sollen ausreichend Wasser in Bächen und Flüssen belassen, damit Fische und andere Lebewesen überleben und etwa zur Fortpflanzung wandern können.

Angaben in Prozent, Skala von 1 = überhaupt nicht einverstanden bis 5 = voll und ganz einverstanden, n = 1015

Mittelwert:



22



### Soziodemographische Subgruppen:

Vor allem Frauen (MW: 4.1), Personen, welche über ein Haushaltseinkommen von 4'000 – 11'000.- CHF verfügen (4-7000.- CHF MW: 4.0; 7-11000.- CHF MW: 3.8) sowie SympathisantInnen der Grünen (MW: 4.1) oder der SP (MW: 4.0) finden, dass in national geschützten Auen und Mooren keine neuen Wasserkraftanlagen gebaut werden dürfen bzw. dass neue Wasserkraftanlagen nur ausserhalb von national geschützten Auen und Mooren gebaut werden dürfen.

Frauen (MW: 4.3) und SympathisantInnen der GLP (MW: 4.1), der Grünen (MW: 4.5) oder der SP (MW: 4.3) stimmen aber signifikant häufiger als Männer (MW: 3.9) bzw. SympathisantInnen der FDP oder der SVP (MW: je 3.5) zu, dass neue Wasserkraftanlagen nur dann von Fördermitteln profitieren sollen, wenn sie klare Umweltkriterien einhalten. SympathisantInnen der Grünen unterscheiden sich in ihrer Zustimmung ausserdem signifikant von SympathisantInnen der Mitte (MW: 4.0). Des Weiteren stimmen Personen mit einem hohen Bildungsniveau (MW: 4.2) und Personen, die in der Stadt leben (MW: 4.2) dieser Aussage signifikant häufiger zu als Personen mit einem tiefen Bildungsniveau (MW: 3.6) bzw. Personen, die auf dem Land leben (MW: 4.0).

Auch bei der Aussage, dass Wasserkraftwerke ausreichend Wasser in Bächen und Flüssen belassen sollen, damit Fische und andere Lebewesen überleben und etwa zur Fortpflanzung wandern können, stimmen vor allem Frauen (MW: 4.6), Personen über 65 Jahren (MW: 4.6) und SympathisantInnen der Grünen oder der SP (MW: je 4.7) zu.

---

## Gewässerschutz

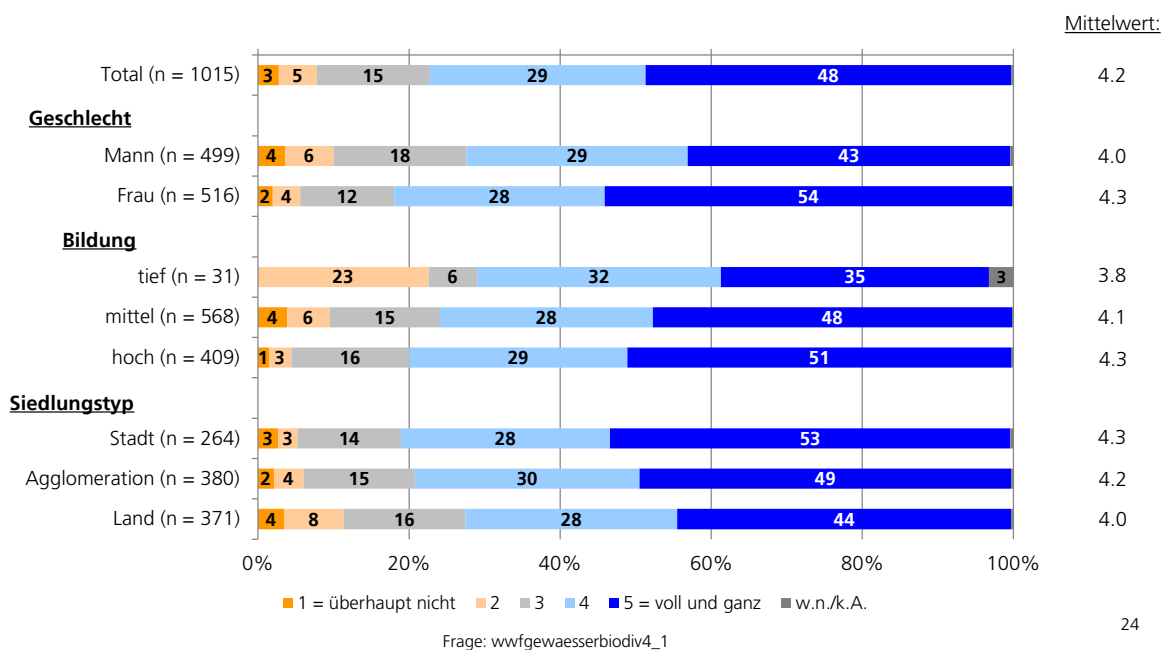
---

Über drei Viertel (77%) der Schweizer Bevölkerung sind der Ansicht, dass es verbindliche Regelungen braucht, die verhindern, dass sich der Zustand der Schweizer Bäche und Flüsse verschlechtert. Ungefähr gleich viele Personen (74%) sind der Meinung, dass es Schutzgebiete braucht, um die letzten natürlichen oder naturnahen Bäche und Flüsse vor Verbauung und Wassernutzung zu schützen.

Auch hier sind vor allem Frauen, Personen, die in der Stadt wohnen und SympathisantInnen der GLP, der Grünen oder der SP der Ansicht, dass es verbindliche Regelungen und Schutzgebiete braucht, um Schweizer Bäche und Flüsse zu schützen.

## Es braucht verbindliche Regelungen, die verhindern, dass sich der Zustand der Schweizer Bäche und Flüsse verschlechtert.

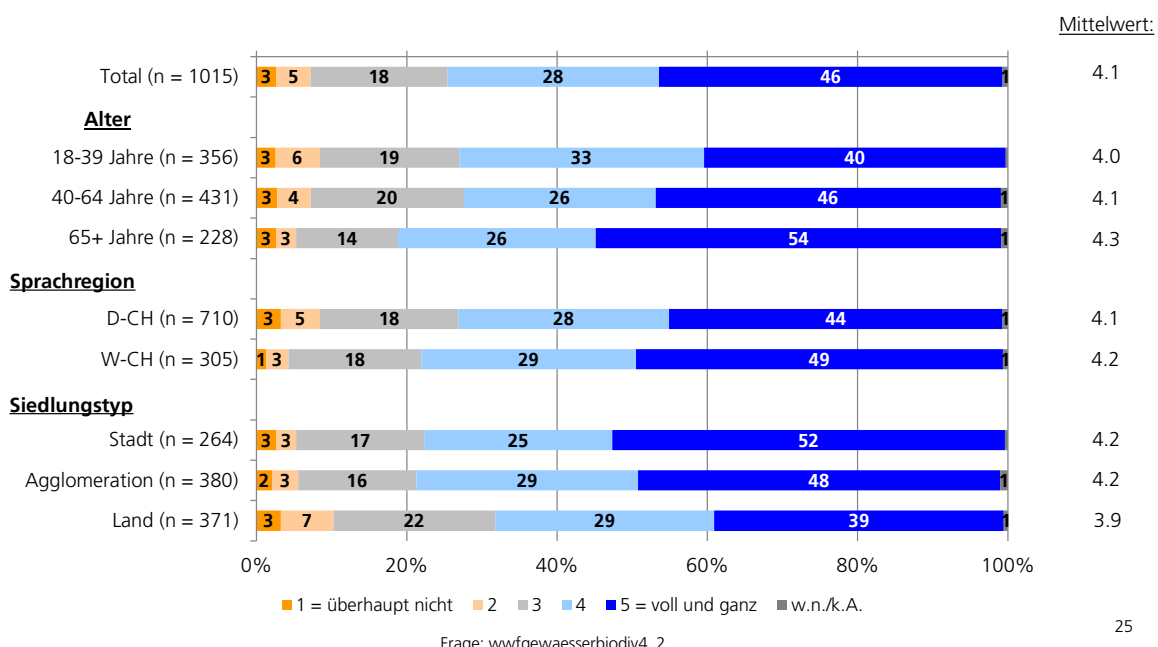
Angaben in Prozent, Skala von 1 = überhaupt nicht einverstanden bis 5 = voll und ganz einverstanden, n = 1015



24

## Es braucht Schutzgebiete, um die letzten noch natürlichen oder naturnahen Bäche und Flüsse vor Verbauung und Wassernutzung zu schützen.

Angaben in Prozent, Skala von 1 = überhaupt nicht einverstanden bis 5 = voll und ganz einverstanden, n = 1015



25

### Soziodemographische Subgruppen:

Verbindlichen Regelungen, die verhindern, dass sich der Zustand der Schweizer Bäche und Flüsse verschlechtert, stimmen Frauen (MW: 4.3) und Personen, die in der Stadt (MW: 4.3) oder der Agglomeration (MW: 4.2) wohnen signifikant stärker zu als Männer (MW: 4.0) oder Personen, die auf dem Land (MW: 4.0) leben. Des Weiteren unterstützen dies SympathisantInnen der GLP (MW: 4.3), der Grünen (MW: 4.7) oder der SP (MW: 4.4) signifikant stärker als SympathisantInnen der FPD (MW: 3.7) oder der SVP (MW: 3.4). Aber auch SympathisantInnen der Mitte (MW: 4.0) stimmen solchen Regelungen im Vergleich mit der SVP signifikant häufiger zu.

Des Weiteren stimmen Frauen (MW: 4.3), Personen, die in der Stadt oder der Agglomeration (MW: je 4.2) wohnen und SympathisantInnen der GLP (MW: 4.2), der Grünen (MW: 4.5) oder der SP (MW: 4.4) signifikant häufiger zu, dass es Schutzgebiete braucht, um die letzten natürlichen oder naturnahen Bäche und Flüsse vor Verbauung und Wassernutzung zu schützen. Ausserdem stimmen Personen, die über 65 Jahre alt sind (MW: 4.3) und West-SchweizerInnen (MW: 4.2) dieser Aussage signifikant häufiger zu als Personen, die zwischen 18 und 39 Jahren alt sind (MW: 4.0) bzw. Deutsch-SchweizerInnen (MW: 4.1).

# V Technischer Bericht

---

## **Methodischer Steckbrief Forschungsprogramm UNIVOX:**

Das UNIVOX Forschungsprogramm – eine umfassende Langzeitbeobachtung unserer Gesellschaft – wurde vom Forschungsinstitut gfs-zürich, Markt- & Sozialforschung in Zusammenarbeit mit rund 20 spezialisierten, zumeist universitären Instituten zwischen 1986 und 1999 jährlich, von 2000 bis 2008 alle zwei Jahre realisiert.

Bis 2006 wurden alle UNIVOX Befragungen in Form von Face to Face-Interviews realisiert. Befragt wurden jeweils 700 Stimmberechtigte, die mit Hilfe eines kombinierten Random-/Quotaverfahrens ausgewählt wurden: Dabei wurden 70 Gemeindensamplingpoints zufällig (Random) ausgewählt und die Personen wurden von den InterviewerInnen nach Alters- und Geschlechtsquoten ausgesucht.

Seit 2008 wird der UNIVOX Umweltmonitor mittels einer repräsentativen telefonischen Umfrage bei rund 1000 Erwachsenen der Deutsch- (70%) und Westschweizer Bevölkerung (30%) durchgeführt. Das Alter und das Geschlecht werden gemäss den Zahlen des Bundesamtes für Statistik BfS quotiert.

## Studiendesgin in Kürze:

<b>Methode:</b>	CATI
<b>Zeitraum der Befragung:</b>	2. bis 22. November 2021
<b>Grundgesamtheit:</b>	Erwachsene Bevölkerung der Schweiz
<b>Stichprobengrösse:</b>	1015, Vertrauensintervall: +-3.1%
<b>Stichprobenauswahl:</b>	zufällige Ziehung aus dem offiziellen Telefonbuch der Swisscom AG
<b>Interviewdauer:</b>	durchschnittlich 13.3 Minuten
<b>Quoten:</b>	Alter, Sprachregion, Geschlecht

<b>D-CH</b>	<b>Mann</b>	<b>Frau</b>
18-39 Jahre	36.1%	33.9%
40-64 Jahre	43.9%	41.9%
65+ Jahre	20.0%	24.2%
	<b>49.4%</b>	<b>50.6%</b>
<b>F-CH</b>	<b>Mann</b>	<b>Frau</b>
18-39 Jahre	38.3%	35.6%
40-64 Jahre	43.0%	41.3%
65+ Jahre	18.6%	23.2%
	<b>48.6%</b>	<b>51.4%</b>

<b>Besondere Vorkommnisse:</b>	keine
<b>Verantwortliches Institut:</b>	gfs-zürich, Markt- & Sozialforschung
<b>Verantwortlicher Projektleiter:</b>	Dr. Andreas Schaub
<b>Projektmitarbeiterin:</b>	Mara Tanner